



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/180

5. August 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Auswanderungsprobleme	S.1
Krisenzeichen in Nordafrika - Bericht aus Nordafrika -	S.3
Zu Veit Harlans comeback	S.5

Auswanderungs-Probleme

sp. Die niedersächsische Auswanderer-Beratungsstelle, die grösste ihrer Art in der Bundesrepublik, bietet mit ihren Erfahrungen einen guten Querschnitt durch das heutige Auswanderungswesen. Die Beratungsstelle hat nun einen Jahresbericht für die Zeit vom 1. Juli 1949 bis 30. Juni 1950 vorgelegt. Dieser Bericht sollte nicht nur von den Auswanderungslustigen studiert werden, er ist ebenso der Sorgfalt der Sozialpolitiker zu empfehlen.

In dem Berichtsjahr haben 10.664 Personen die Beratungsstelle aufgesucht, um sich Rat zu holen. 70 Prozent davon waren im Alter unter 40 Jahren, also Jahrgänge, die besonders im männlichen Teil in Deutschland selbst dringend benötigt werden. 26.9 Prozent aller Ratsuchenden waren Metallarbeiter; eine Berufsgruppe, auf die man in Zeiten normaler Beschäftigung in Deutschland ebenfalls nicht verzichten kann. Bei der zweitstärksten Gruppe, den Landwirten (24 Prozent), dürfte dieses Argument wohl entfallen, weil es auch bei grössten Anstrengungen nicht möglich sein wird, die vielen ostvertriebenen Bauern wieder auf eigenen Grund und Boden zu bringen. Aber schon die nächststärkste Gruppe, die der Ingenieure und Techniker, mit etwa 20-%-igem Anteil, sollte in einem Land, das fünf Millionen Wohnungen zu bauen hat, ganz abgesehen von den sonstigen Wiederaufbau-Notwendigkeiten, nicht zu entbehren sein. Dabei haben 54 Prozent aller Ratsuchenden Existenzfragen als Auswanderungsgrund angegeben. Das heisst mit anderen Worten, dass ein wesentlicher Teil der Auswanderungswilligen in der Heimat bliebe, wenn er hier sein tägliches Brot und

wenn er es vor allem ausreichend gesichert hätte. Denn es sind nicht nur Arbeitslose, die ins Ausland streben; ihr Anteil ist mit rund 20 Prozent sogar geringer, als man gemeinhin annehmen würde. Unter "Existenzfragen" kann man auch einen beträchtlichen Teil jener einreihen, die hartnäckig berufsfremd eingesetzt sind oder solche, die im Ausland ein besseres Fortkommen in ihrem Beruf erhoffen. Es geht also hier nicht nur um ein Arbeitsplatzproblem, sondern ebenso um das Problem des Lebensstandards. 16,8 Prozent der Ratsuchenden wollen sich mit der Auswanderung von der "politischen Unsicherheit" im heutigen Deutschland retten.

Etwa 44 Prozent aller Ratsuchenden waren Flüchtlinge, das übersteigt den Anteil der Ostvertriebenen an der Arbeitslosigkeit (in Niedersachsen) um einige Prozent. Diese hohe Quote kann nicht überraschen; einmal spielt die mit dem Flüchtlingsdasein zwangsläufig verbundene Entwurzelung eine Rolle, zum anderen die Tatsache, dass Flüchtlinge weit- aus stärker berufsfremd arbeiten als Einheimische, sofern sie überhaupt einen Arbeitsplatz haben. Interessant hierbei aber ist, dass das Gros der auswanderungswilligen Flüchtlinge aus dem deutschen Staatsgebiet, also jenseits von Oder und Weisse stammt, während der Anteil der sogenannten Volksdeutschen nur 18,4 Prozent beträgt.

32,4 Prozent aller Ratsuchenden wollten nach Nordamerika, und zwar 1928 nach Kanada, 1529 nach den USA; 10,2 % nach Südamerika (bevorzugt Argentinien mit 495). Australien und Neuseeland zogen 12,5 % (1270 und 41) an, während Afrika (8,3 %) und Asien (2,9 %) weniger begehrt waren. Rund 10 % der Auswanderungswilligen wollen in Europa bleiben (Frankreich 324, Schweden 214, England 197 usw.) 42 Auswanderungswillige haben als Zielland "Französische Fremdenlegion" angegeben. Es gibt sogar Bewerber für die Oststaaten, und zwar wollen 18 nach Jugoslawien, 5 nach Rumänien und 2 nach der Tschechoslowakei auswandern. 1073 haben kein Ziel genannt.

Die Auswanderer-Beratungsstelle hat auch eine allerdings nicht vollzählige Statistik über die im Lande Niedersachsen erteilten Ausreisegenehmigungen im ersten Halbjahr 1950 untersucht. Demnach entfielen von den erteilten Ausreisegenehmigungen 52,3 % auf Flüchtlinge. Über die Hälfte der Auswanderer steht im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Als Zielländer stehen die USA mit 55,6 % an der Spitze, gefolgt von England mit 12 v.H. Alle anderen Länder bleiben unter 10 v.H.

Von deutscher Seite wird heute keinem einzigen Auswanderer ein Stein in den Weg gelegt, zumal die Zahl der Auswanderer seit Kriegsende relativ unerheblich war. Es erhebt sich allerdings die Frage, ob diese Politik noch eingehalten werden kann, wenn die Auswandererschiffe so stark besetzt sind, dass der durch den Krieg hervorgerufene Verreisungsprozess des deutschen Volkes noch beschleunigt wird oder wenn die Auswanderung auf Mangelberufe übergreift. Besser als jede Zwangsmaßnahme aber wäre eine Sozialpolitik, die das Verbleiben in der Heimat erleichtert.

Krisenzeichen in Nordafrika

Von Alfred Frisch - Paris

Die westliche Welt kann sich heute innere Gefahrenherde nicht mehr leisten. Die französischen Schwierigkeiten in Indochina, die inzwischen zu einem Teil des kalten Krieges geworden sind, stellen bereits eine empfindliche Schwächung der westlichen Verteidigungsfront dar. Deshalb verdienen die immer fühlbarer werdenden Spannungen zwischen Frankreich und den arabischen Völkern Nordafrikas grösste Beachtung.

Die in Französisch-Nordafrika herrschende Unzufriedenheit der eingeborenen Bevölkerung braucht zunächst nicht allzu tragisch genommen zu werden. Sie hat viel weniger die im allgemeinen sehr fortschrittliche und glückliche französische Verwaltung zur Ursache als das den Strömungen der Zeit entsprechende Unabhängigkeitsbedürfnis der arabischen Bewohner von Marokko, Algerien und Tunis. Wesentlich ist lediglich, die Vergiftung der Atmosphäre dadurch zu vermeiden, dass man im Rahmen des Möglichen den vernünftigen nationalistischen Elementen entgegenkommt und das Abgleiten der Bewegung in die Extreme verhindert.

Die Verhältnisse sind in den drei Ländern nicht einheitlich, und die vorhandenen Unterschiede erschweren ganz wesentlich die französische Entscheidung. In Marokko und Tunesien bilden der Sultan und der Bey den Mittelpunkt der Unabhängigkeitsbewegung, wobei in Marokko der reaktionäre Flügel überwiegt und in Tunesien das linke Element. Allein in Algerien ist eine kommunistische Wühlarbeit zu verspüren. Während Marokko und Tunesien sowohl international wie verfassungsmässig eine Sonderstellung einnehmen, ist Algerien sehr stark an das Mutterland gebunden und verfügt zudem über eine erhebliche europäische Bevölkerung. Frankreich könnte kaum den Arabern Algeriens die gleichen Zugeständnisse machen wie den Bewohnern der beiden anderen nordafrikanischen Gebiete. In Algerien will es weitgehend seine bisherige Assimilationspolitik weiterführen und die arabischen Einwohner zu gleichberechtigten Staatsbürgern machen, in Marokko und Tunesien müsste es jedoch andere Wege gehen und sich mit loseren Bänden begnügen.

Jedenfalls sind Sultan und Bey entschlossen, die Führung der Unabhängigkeitsbewegung fest in der Hand zu halten und sie auf keinen Fall an linksradikale Extreme auszuliefern. Dieser Wunsch veranlasst sie zu einer immer festeren Haltung Frankreich gegenüber, von dem sie nichts weniger erwarten als die offizielle Anerkennung ihrer nationalen Selbständigkeit und die vertragliche Festlegung der zukünftigen Be-

ziehungen zwischen den beiden Ländern und der Französischen Union. Aus Protektoraten sollen sogenannte "assoziierte" Staaten werden.

Die Berechtigung dieser Forderung wird, von einigen Vorbehalten abgesehen, von niemanden ernstlich in Frage gestellt. Man kann sich über die Länge der Übergangszeit unterhalten, aber kaum über die Zwangsläufigkeit der Entwicklung. Es ist andererseits auch kein Geheimnis, dass zunächst weder Marokko noch Tunesien ohne französische Wirtschafts- und Verwaltungshilfe in der Lage wären, auf dem eingeschlagenen Weg des sozialen Fortschritts weiterzuschreiten. Die politische Unabhängigkeit sollte jedoch nach Ansicht der Araber eine wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit nicht ausschliessen.

Von der theoretischen Erkenntnis bis zur praktischen Verwirklichung ist leider ein weiter Weg, besonders in Frankreich, wo man so grossen Wert auf Garantien legt und bis zuletzt irgendwie geartete Stützpunkte in der Hand behalten will, selbst wenn sie innerlich ausgehöhlt sind. Ausserdem befürchten die in Tunis und Marokko lebenden Franzosen eine Erschütterung ihrer teilweise privilegierten wirtschaftlichen Stellung und sehen ihren besten Schutz in rücksichtsloser Bekämpfung aller Unabhängigkeitsbestrebungen.

Paris möchte in Nordafrika die in Indochina begangenen Fehler vermeiden. Sämtliche französischen Vorschläge stossen jedoch auf doppelte Kritik, d.h. sie werden schonungslos von den kolonial denkenden Elementen bekämpft und reichen andererseits nicht aus, die nationalistischen Forderungen der Araber zu befriedigen. Dabei spielen auch im arabischen Lager soziale Gegensätze eine Rolle, besonders in Marokko, wo eine feudale Oberschicht die Unabhängigkeit dazu ausnützen möchte, den sozialen Fortschritt hintanzuhalten. Trotzdem muss in kurzer Frist eine Lösung gefunden werden, denn die Zeit drängt, selbst wenn die Tunesier und Marokkaner bisher für den Kommunismus nicht zugänglich waren und viel weniger revolutionär veranlagt sind als die ehemaligen Kolonialvölker Ostasiens.

- - -

Triumph der Charakterlosigkeit?

(Veit Harlans comeback)

O.G. Der Verlauf der Entnazifizierung hat hinlänglich gezeigt, dass die Überwindung des Nationalsozialismus keine Angelegenheit ist, die lediglich mit juristischen Vorstellungen bewältigt werden kann, sondern dass es sich hierbei in erster Linie um ein politisches Problem handelt. Mancher prominente Repräsentant des Naziregimes, der in einem Prozess durch die Maschen des Paragraphenwerkes geschlüpft ist, leitet daraus seine politische und auch moralische Rehabilitierung ab. Mit Hilfe dieser Scheinargumente meldet er seine Ansprüche auf Beschäftigung an verantwortungsvoller und maßgebender Stelle an. Das gilt nicht nur im politischen Bereich, sondern gerade auch für das kulturelle Leben. Hier bereiten die Barden des Tausendjährigen Reiches schon seit langer Zeit eine glorreiche Rückkehr aus "unverdientem inneren Exil" vor.

So will auch Veit Harlan wieder "gross einsteigen". Auch er operiert mit der Tatsache, dass ein Gericht ihn freigesprochen hat. Er rechnet mit der Unkenntnis weiter Kreise darüber, dass die Urteilsbegründung durchaus nicht schmeichelhaft für ihn ausgefallen ist. Mag er schliesslich freigesprochen sein - die Tatsache lässt sich nicht aus der Welt schaffen, dass es einen Film "Jud Süß" gegeben hat und dass der verantwortliche Schöpfer dieses Films Veit Harlan heisst. Mag er sich auf einen "höheren Befehl" oder ähnliches berufen - beweisen kann er nicht, dass eine Weigerung, diesen Film zu drehen, das Ende seiner künstlerischen oder gar persönlichen Existenz bedeutet hätte. Im Gegenteil, die Art, wie dieser Film durch ihn gestaltet wurde, zeigt, dass der Regisseur nicht mit Widerwillen an seine Aufgabe heranging, sondern dass er den Stoff aus innerer Anteilnahme heraus verarbeitete und sich damit voll hinter die letzten Ziele stellte, die mit diesem Film beabsichtigt waren. Die psychologische und künstlerische "Abschwächung" der groben Schwarz-Weiss-Malerei der Vorlage, die Harlan sich als Verdienst anrechnet, diente in Wirklichkeit nur der Verstärkung des propagandistischen Effekts.

Von jenem Film "Jud Süß" führt ein gerader Weg in die Gaskammern von Auschwitz. Dieser Film war das psychologische Vorbereitungsfeuer für die von Hitler proklamierte "Endlösung der Judenfrage". Millionen Tote lasten heute noch auf diesem Film - und auf seinem

Schöpfer. Sie lasten auch auf den anderen Werken, auf Filmen wie "Die goldene Stadt" mit ihrer hinter einem scheinbar unpolitischen Stoff raffiniert verborgenen anti-tschechischen Tendenz, auf dem "Grossen König", an dessen Durchhalteparole Goebbels in Leitartikeln und Reden bewusst anknüpfte, schliesslich auf "Kolberg", dem filmischen Dokument der Endsieg-Propaganda, als die Weiterführung des Krieges schon lange ein Verbrechen geworden war.

Sollte Veit Harlan im Reigen der Gespenster von gestern wieder auftauchen und als Regisseur eines neuen Films die Bühne betreten - und sei es nur eines einzigen - dann kann dieser Fall nicht allein von filmwirtschaftlichen oder auch filmpolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Gewiss, der Anspruch des deutschen Films auf Unterstützung durch öffentliche Mittel gegenüber der erdrückenden Flut ausländischer Filme wäre damit erheblich infrage gestellt. Wie könnte man noch geltend machen, der deutsche Film besitze inmitten der geistigen und seelischen Situation unseres Volkes spezifische Aufgaben, die der ausländische Film nicht leisten könne, wenn man einen Mann wie Harlan als Kollegen anerkennt? Die Ausrede, eine "künstlerische Potenz" wie Harlan - der übrigens im allgemeinen weit überschätzt wird - sei auf die Dauer für den deutschen Film unentbehrlich, wie sie schon jetzt zuweilen geäussert wird, würde nur das völlige Eingeständnis der eigenen künstlerischen Unfähigkeit bedeuten. Noch hat die deutsche Öffentlichkeit zum deutschen Film das Vertrauen, dass er sehr gut ohne Veit Harlan künstlerische Spitzenleistungen erzielen kann.

Der Fall Harlan geht ganz Deutschland an. Hier wird sich erweisen, ob wir aus der Vergangenheit gelernt haben. Die vielzitierte geistige Wiedergutmachung kann sich jetzt in einem konkreten Fall bewähren. Man kann nicht "Nein" zu dem Harlan von gestern und "Ja" zu dem Harlan von heute sagen. Die Stellungnahme zu seinem neuen Filmprojekt ist eine Entscheidung für oder wider Diktatur, Rassenvahn und Charakterlosigkeit.

- - -